

Kleines Einmaleins der Lehrerstellen

KREIS ESSLINGEN: Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft kritisiert das Land: Es werden mehr Deputate gekürzt als neue geschaffen

Von Peter Dietrich

Das kleine Einmaleins der Lehrerstellen ist kompliziert: Schafft das Land neue Stellen, kürzt es andere, oder beides gleichzeitig? Falls ja, was überwiegt dann? Der Kreisverband der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat genau nachgerechnet und protestiert: „Wir lassen uns nicht verschaukeln!“

Für ihren Protest hatten die GEW-Aktiven nach ihrer Personalversammlung in Wernau eine Schaukel aufgestellt - ein passendes Symbol für das Hin und Her bei den Lehrerstellen. Das Land hat die ursprünglich geplanten Streichungen erheblich zurückgenommen. Dennoch fallen im kommenden Jahr 633 plus 441 Stellen weg. Letztere kommen aus der schon von der grün-roten Landesregierung verschlechterten Altersermäßigung für Lehrer. Die dadurch rechnerisch frei werdenden Stellen habe Kultusminister Andreas Stoch damals nicht abgeliefert, sagte die GEW-Landesvorsitzende Doro Moritz. Doch jetzt würden sie gekürzt.

633 und 441, das ergibt zusammen 1074 Stellen, die 2017 gestrichen werden. Aufgrund veralteter Schülerzahlen, wie die GEW kritisiert. Es gebe eine neuere Prognose des Statistischen Landesamtes, nach der die Schülerzahlen weniger sinken und in der Grundschule schon wieder steigen. Sie werde ignoriert. Für Moritz passt das nicht zu Kretschmanns Zusage, auf Sicht zu fahren und jährlich neu zu entscheiden.

Dem Abbau stehen neue Stellen gegenüber, aber weniger: 257,5 Stellen für die Realschulen, jeweils 160 für die Grundschulen und die Inklusion, 100 für die Ganztagsbetreuung und 60 für Informatik. Die letzteren beiden würden aber, so Moritz, aus dem Jugendleiterprogramm und dem Programm „Schulreifes Kind“ finanziert. Beide Programme bestehen aus in Geld umgerechneten Lehrerstellen. „Das ist rechte Tasche, linke Tasche. Das Einzige, was Kultusministerin Eisenmann beim Kompromiss erreicht hat, sind zusätzliche neun Millionen Euro. Das ist Flickschusterei.“

Noch etwas ärgert Moritz maßlos: Im Geheimpapier zum Koalitionsvertrag war für 2017 der Einstieg in den Ethikunterricht in Klasse 7 geplant, mit 60 Deputaten. „Davon ist jetzt keine Rede mehr.“ Wie wichtig dieser Ethikunterricht auch in der Grundschule wäre, erzählt eine Lehrerin aus Esslingen: „In meiner Klasse sind 90 Prozent der Kinder keine Christen.“

„Wer Unterricht verbessern will, muss erst einmal dafür sorgen, dass er stattfindet“, sagt Moritz. Über alle Schularten, sagt der GEW-Kreisvorsitzende Hans Dörr, gab es im Jahr 2013 eine Abwesenheit von sechs Prozent. Pro Jahr gibt es im Land etwa 5000 Fälle von Mutterschutz und Elternzeit und etwa 1500 langfristig Erkrankte. Hinzu kommen kurzfristige Krankheiten und Fortbildungen. Demgegenüber stehen landesweit nur 1666 feste Vertretungslehrkräfte. Der Rest soll mit befristeten Verträgen aufgefüllt werden. Weil diese Lehrkräfte sich während des Schuljahrs anderweitig umsehen und oft nicht zu finden sind, müssen unter anderem Pensionärinnen und Teilzeitkräfte an ihren freien Tagen ran. „Die Kolleginnen in der Grundschule arbeiten am Limit“, sagt GEW-Kreisvorstand Sigrid Altherr-

König. GEW-Kreisvorstand Sabine Penzinger erzählt, wie manche Vertretung aussieht: Da steht die Tür zum Nachbarzimmer offen, die Lehrerin hat zwei Klassen gleichzeitig, oder Schüler werden auf andere Klassen verteilt.

A12 oder A13? Das macht bei Lehrkräften einen Unterschied von brutto rund 400 bis 500 Euro. Die früheren Hauptschullehrer bekommen nur A12, auch wenn sie längst an einer anderen Schule unterrichten: Gleiche Aufgaben, aber weniger Geld für diejenigen, die laut Moritz „jahrzehntelang den Karren Hauptschule gezogen haben“. Der aktuelle Einstieg in deren Qualifizierung und Beförderung ist der GEW viel zu zaghaft: Er gelte nur für Lehrer an Realschulen, nicht für Lehrer an Haupt- und Werkrealschulen oder Gemeinschaftsschulen.